

Der Antrag der SPD-Fraktion wird von RM Müller kurz begründet. AL Kaminski stellt anhand der Sitzungsvorlage dar, dass nach ersten überschlägigen Berechnungen durch TA Schweppe die Amortisationszeit eher mit 7 Jahren veranschlagt werden muss (Berechnung der Firma 4,5 Jahre).

BM Böhling unterstützt den Antrag insofern, indem er jede Möglichkeit der Haushaltskonsolidierung zur Prüfung empfiehlt. Anschließend entwickelt sich eine rege Diskussion im Ausschuss, in der im Wesentlichen nachfolgende Punkte zur Prüfung vorgeschlagen werden:

- Einholung von Referenzen
- voraussichtliche Nutzungsdauer der Vorschaltgeräte, gegebenenfalls anhand von Belastungstests
- Prüfung, ob die Ausleuchtung noch ausreicht (z. B. bei Einstellung der Stromeinsparung auf 25 %)
- Überprüfung des wirtschaftlichen Vorteils auch unter Berücksichtigung möglicher Konsolidierungsvorschläge durch die Verwaltung.
- Überprüfung des Preisvorteils bei Abnahme größerer Stückzahlen.
- Einholung von Angeboten über vergleichbare Technik von anderen Anbietern.

Abschließend schlägt TA Schweppe vor, die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme praktisch anhand einer kleineren Schaltstelle mit ca. 200 Leuchten zu testen. Im Anschluss daran wird der Beschlussvorschlag wie empfohlen einstimmig beschlossen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Bauverwaltung möge technische Informationen und entsprechende Referenzen über ein **neues Energiesparmodul für die Straßenbeleuchtung** einholen und prüfen, ob diese neuartige Technologie auch für unsere Stadt geeignet ist und zum Einsatz kommen kann.

Bei positiver Bewertung und durch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung nachgewiesenem Einspareffekt sollten unsere ca. 3000 Straßenlampen zügig umgerüstet werden.

Eine Weiterberatung dieser Angelegenheit soll in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses im Juni 2005 erfolgen.